

Die Sozialistische Partei hat sich auf ihren Ausserordentlichen Parteitag am 15.d.M. im Interesse unseres Volkes einmütig zu einer Zusammenarbeit der beiden grossen Parteien bekannt. Eine solche Zusammenarbeit muss sich auch im politischen Leben an den Grundsätzen von Treu und Glauben orientieren. Nach der beharrlichen Weigerung der ÖVP, eine Zusage für eine gemeinsame Regierung wenigstens für die Dauer von eineinhalb Jahren zu sichern, musste die Sozialistische Partei zur Überzeugung gelangen, dass die ÖVP eine ehrliche Zusammenarbeit nicht wirklich will.

Die ÖVP hat nicht nur das Justizministerium für sich in Anspruch genommen, sondern unter dem Vorwand des sogenannten "Kompetenzentflechtung" auch die den Sozialisten angebotenen Ministerien ihres wesentlichen Inhaltes berauben wollen. Insbesondere hat die Forderung der ÖVP neben dem Bundesheer auch die ~~Exekutive~~<sup>Sondermacht</sup> unter ihrer Verfügungsgewalt zu bringen, grosse Beunruhigung ausgelöst. Selbst in der für die Erhaltung der Vollbeschäftigung und der Sicherung der Existenz der Betriebe so wichtigen Frage der Investitionspolitik wurden von der ÖVP keine ausreichenden ~~Z~~ Zusicherungen gegeben.

Durch ihre Masslosigkeit hat die ÖVP die Voraussetzungen für eine weitere Zusammenarbeit der beiden grossen Parteien zerstört.

Die Sozialistische Partei befindet sich nun in Opposition zur Bundesregierung. Sie wird sich in ihrer Tätigkeit nach wie vor ausschliesslich davon leiten lassen, was Österreich und seinen arbeitenden Menschen nützt. Sie wird die treueste Hüterin der Neutralität und der österreichischen Unabhängigkeit sein. Sie wird mit ganzer Kraft die Demokratie und die Freiheitsrechte des Einzelnen schützen.